



Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

7. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

29. Februar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.15 Uhr,

11.45 Uhr bis 12.10 Uhr

Vorsitz: Christiane Bainski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

Bewertung von Äußerungen eines CDU-Politikers durch Dr. Hisham Hammad (GRÜNE)

2

- Siehe Diskussionsprotokoll.

^{*)} öffentlicher Teil s. APr 12/196

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/400 und 12/690

Einzelplan 07 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

2

Die Anträge mit Begründungen und die Abstimmungsergebnisse sind in der der Drucksache 12/807 angehefteten Vorlage 12/462 wiedergegeben.

Der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten stimmt dem Einzelplan 07, soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt, in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu.

3 Öffentliche Anhörung zur Problematik der Berufsfindung und -ausbildung junger Migrantinnen und Migranten

8

Nach kurzer Aussprache kommt der Ausschuß überein, daß sich die Fraktionssprecher detailliert mit der Konzeption und den Fragestellungen befassen sollen.

4 Aufnahme der Regionalen Arbeitsstelle für ausländische Kinder und Jugendliche in den Zusatzverteiler des Ausschusses

9

Dieser Punkt wird zurückgestellt.

Seite

5 Presseberichterstattung zum Thema Reiseaktivitäten des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten

9

Aussprache.

Oliver Wittke (CDU) bittet nun, den Tagesordnungspunkt 4 "Polizei und Fremde - Ergebnisse und Konsequenzen aus der Studie der Innenministerkonferenz für eine Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen" zu vertagen, bis der zuständige Fachausschuß darüber beraten habe. - Der **Ausschuß für Migrationsangelegenheiten** ist einverstanden.

1 Aktuelle Viertelstunde

Bewertung von Äußerungen eines CDU-Politikers durch Dr. Hisham Hammad (GRÜNE)

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) führt aus, der Anlaß für den Antrag auf Aufnahme einer Aktuellen Viertelstunde in der Sitzung seien die mittlerweile vielen bekannten Äußerungen von Herrn Linssen während eines Festes in Hagen zur Karnevalszeit.

Die GRÜNEN vertreten die Meinung, daß gerade die Äußerungen eines führenden Politikers, der besondere Verantwortung trage, sehr behutsam und sensibel sein müßten. Es müsse darauf geachtet werden, daß der Geist des Karnevals nicht dadurch verletzt werde, indem Menschen, egal woher sie auch kämen oder aus welchem Grunde sie hier lebten, zu Lustobjekten einer solchen Feier gemacht würden.

Er zitiere eine Äußerung der Landtagspräsidentin von Schleswig-Holstein, Frau Ertzig-Rave, anläßlich der Trauerfeier für die Lübecker Brandkatastrophe:

"Wir schulden den Asylbewerbern Sicherheit, das Dach über dem Kopf, einen menschenwürdigen Lebensunterhalt. Wir schulden ihnen Freiheit von Angst."

Dies sei Anlaß, im Ausschuß heute darüber zu sprechen und Herrn Linssen aufzufordern, sich für seine Äußerungen gegenüber den Menschen zu entschuldigen und damit auch ein Zeichen zu setzen, daß auch ein führender Politiker einmal einen Ausrutscher machen könne.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/400 und 12/690

Einzelplan 07 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Oliver Wittke (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion werde sich an der Beratung und Abstimmung zu den Anträgen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht beteiligen. Die Arbeitsgruppe habe sich in so kurzer Zeit kein Urteil bilden können.

Vorsitzende Christiane Bainski wiederholt, sie habe auch aus anderen Ausschüssen erfahren, daß in den Haushaltsberatungen häufig mit Tischvorlagen gearbeitet werde. Anträge lägen in der Regel zu den Abstimmungssitzungen erst einen Tag vorher vor.

Sie bedauere das Verhalten der CDU-Fraktion ausdrücklich.

In Zeiten der Haushaltsberatungen sei die Zeit immer knapp, schickt **Vera Dedanwala (SPD)** voraus.

Die Sitzungstermine der Fraktionen lägen fest. Die SPD-Fraktion habe sich sehr bemüht, die Anträge gestern nachmittag in die Fächer zu geben, so daß sie nach einer Vorbesprechung durchaus beratungsfähig gewesen seien.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe das Antragspaket ihrer Fraktion als Tischvorlage zu Beginn der Sitzung erhalten, woraufhin die CDU-Fraktion eine Lesepause von einer halben Stunde beantragt habe. Danach sei sie in der Lage gewesen, zu beraten und abzustimmen. Daraus folgere sie, daß es doch eine Frage des guten Willens sei, ob man sich der Problematik stellen wolle oder nicht.

Die Arbeitsgruppe "Migrationspolitik" der CDU-Fraktion habe ihre Anträge mit vielen betroffenen Gruppen außerhalb des Parlamentes besprochen, betont **Oliver Wittke (CDU)**. Man habe sich bemüht, Sachverstand von außen einzubeziehen.

Nun habe man die Anträge der SPD-Fraktion erst heute morgen aus den Fächern geholt. Es sei keine Zeit mehr gewesen, sie zu beraten. Immerhin hätten die Anträge finanzielle Auswirkungen.

Georg Gregull (CDU) macht darauf aufmerksam, daß der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Diskussion zum Haushalt sehr intensiv, und zwar auch in einer Sondersitzung, geführt habe. Die CDU-Fraktion habe vielen Anträgen nicht zugestimmt beziehungsweise sich bei der Abstimmung enthalten, weil die Deckungsvorschläge nicht erkennbar gewesen seien. In Anbetracht der intensiven Vorberatungen habe sich die CDU-Fraktion im Arbeitsausschuß dafür entschieden, die Anträge innerhalb kurzer Zeit zu bewerten. Die Grundlagen in diesem Ausschuß seien aber anders.

Oliver Wittke (CDU) stellt heraus, die CDU-Fraktion habe versucht, im Rahmen des Haushalts, der vom Finanzminister und von der Regierung vorgegeben sei, zu bleiben.

Wenngleich sich der Arbeitskreis vorstellen könne, an der einen oder anderen Stelle etwas draufzusatteln, habe er sich die Frage gestellt, wo man mit den beschränkten Mitteln, die für die Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stünden, den größtmöglichen Nutzen erzielen könne. Die CDU-Fraktion setze andere Prioritäten als der Haushaltsplanentwurf.

Für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer vor Ort brauche man nicht mehr Verwaltung; statt das Aufblähen der Verwaltung zu fördern, beantrage die CDU-Fraktion die Förderung von Modellprojekten zur vorschulischen Spracherziehung von Aussiedlerkindern und ausländischen Kindern in Höhe von 1,5 Millionen DM.

Der Antrag sei unter anderem Konsequenz aus dem Zuwanderungsbericht der Landesregierung, in dem der beklagenswerte Mißstand angesprochen werde, daß ausländische Kinder seltener Kindergartenplätze in Anspruch nähmen als deutsche Kinder. Das habe negative Auswirkungen auf die sprachliche Kompetenz der hier lebenden Migrantenkinder. Die CDU-Fraktion plädiere dafür, einen neuen Weg zu gehen, indem die sprachliche Kompetenz schon im vorschulischen Alter gestärkt werde. Gelungene Integration sei nämlich nur dann zu bewerkstelligen, wenn die Kommunikation zwischen den Menschen nicht aufgrund von Sprachhindernissen erschwert werde. Im übrigen könne man hier auf die vorhandene Infrastruktur bei den freien Trägern, den kirchlichen Verbänden oder den RAAs zurückgreifen, die dort ein neues Betätigungsfeld finden könnten.

Die anderen Anträge enthielten die Deckungsvorschläge für den gerade erläuterten Antrag.

Was die Arbeit des Migrationsreferates betreffe, so sollte diese aus dem Personalbestand der Ministerien gedeckt werden. Die CDU-Fraktion hätte sich gewünscht, daß die Landesregierung einen entsprechenden Vorschlag mache.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, daß das Migrationsreferat erstmalig die Tür für die Einstellung von Migrantinnen und Migranten auf höherer Ebene eröffne und auch der Stellenwert zur Fortführung einer zukunftsorientierten Integrationspolitik unterstrichen werde.

Er wundere sich, daß Herr Wittke immer noch von Ausländern rede, statt in den Migranten und Migrantinnen den eingewanderten Teil der Gesellschaft zu sehen.

Vera Dedanwala (SPD) entnimmt den Ausführungen von Herrn Wittke, daß die CDU-Fraktion die Absichten, die in der Koalitionsvereinbarung aufgeführt seien, nicht mittrage. Das sei verständlich. Daß ihre Fraktion dagegen stimmen werde, dürfe nicht verwundern.

Willi Zylajew (CDU) verdeutlicht, die CDU-Fraktion sei nicht dagegen, daß die Stellen für das Migrationsreferat besetzt würden. Wenn aber solche Aufgaben zu erledigen seien, müsse man dafür auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium haben.

Es stelle sich nur die Frage, ob man das Personal nicht aus dem Ministerium heraus gewinnen könne. Angesichts der knappen Kassen habe man keine Alternativen. Neue Stellen zu schaffen, sei unverantwortlich.

Oliver Wittke (CDU) ergänzt, die Einstellung von Migrantinnen und Migranten werde ja nicht dadurch verhindert, daß man die Stellen aus dem Personalbestand des Ministeriums verwende. Man dürfe nur den Stellenbestand des Ministeriums nicht erhöhen.

Daß die Stellen auch mit Leuten von außerhalb besetzt werden könnten, halte er für selbstverständlich.

Nun habe sich das Land im Migrationsbereich neue Aufgaben gestellt, erwidert **Dr. Hisham Hammad (GRÜNE)**. Damit sie nicht nur Absichtserklärungen blieben, brauche man neues Personal.

Vera Dedanwala (SPD) geht davon aus, daß in den Ministerien sehr aufgabenkritisch gearbeitet werde. Gerade im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales laufe niemand herum, der noch Bleistifte spitze oder nach einer neuen Aufgabe suche. In den letzten fünf Jahren sei die Arbeit äußerst restriktiv unter die Lupe genommen worden.

Wenn die Koalition eine solche Wertung der Aufgaben vornehme, müsse das Ministerium diese Aufgabe auch inhaltlich füllen können und entsprechende Stellen zur Verfügung stellen.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) stimmt der Intention zu, daß Migrationskinder, die hier geboren seien, verstärkt in den Kindergärten integriert würden, daß sie mehr Plätze bekämen, bis daß irgendwann die gleiche Quote für Migrantenkinder und Deutsche erreicht werde, damit man von einer gemeinsamen Gesellschaft reden könne.

Dieses Ziel ist nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am besten durch interkulturelle Konzepte zu erarbeiten, die in den Kindergärten stattfinden. Dafür brauche man entsprechende Projekte.

Durch die Anhebungen, die im Migrationsbereich vorgesehen seien, könne man innovativ solche Projekte innerhalb eines Kindergartens und nicht außerhalb finanzieren und unterstützen.

Der Ansatz der CDU gehe in eine Richtung, die sinnvoll und richtig sei, meint **Vera Dedanwala (SPD)**. In dem Bereich gebe es bisher keine schlüssige Konzeption.

Im Haushaltsjahr 1996 werde sich die SPD-Fraktion mit den Einrichtungen, die auf diesem Feld tätig seien, rückkoppeln. Man werde auch die RAAs bitten, die im übrigen mit erhöhten Ansätzen ausgestattet würden, auf diesem Feld tätig zu werden. Der Sachverstand der Träger der Kindergärten und der dort Tätigen solle hinzugezogen werden.

Wenn eine Konzeption vorliege, werde die SPD-Fraktion mit Sicherheit auch an eine Erhöhung der Position denken. In diesem Jahr werde das noch nicht mitgetragen. Die SPD-Fraktion sage aber ausdrücklich ihre inhaltlich/konzeptionelle Arbeit für das laufende Jahr zu.

Nach Auffassung des Staatssekretärs Dr. Bodenbender (MAGS) macht die CDU-Fraktion mit diesem Antrag auf ein Defizit aufmerksam, das man sehr ernst nehmen müsse. Gerade bei den kleinen ausländischen Kindern gebe es Defizite einerseits in der Sprachkompetenz, andererseits in der sozialen Kompetenz.

Im Landeshaushalt finde sich der Titel Einschulungshilfen, mit dem Sprachkurse für solche Kinder finanziert würden, die - aus welchen Gründen auch immer - keinen Zugang zum Kindergarten fänden.

Im Augenblick werde mit den Regionalen Arbeitsstellen in Verbindung mit dem sozialpädagogischen Institut in Köln überlegt, wie man dieses Instrument konzeptionell weiter ausbauen solle.

Er biete an, dem Migrationsausschuß in einer gesonderten Sitzung einmal über die Konzeption der Einschulungshilfen und Erfahrungen zu berichten, um dann nach einer Grundsatzdiskussion abzuklären, ob man nicht im nächsten Haushalt einen Titel schaffen sollte, damit diese grundsätzlichen Fragen noch besser aufgearbeitet werden könnten.

Er stimme Dr. Hammad zu, daß auch ausländische Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hätten, der auch realisiert werde.

Die ausländischen Kinder in den Kindergärten betreffend verfüge man über pädagogische Konzepte, die die Integration in die sich entwickelnde multikulturelle Gesellschaft zum Gegenstand hätten. Er sei allerdings fest davon überzeugt: Selbst wenn die Ausländerkinder vermehrten Zugang zum Kindergarten bekämen und das pädagogische Konzept auf Integration ausgerichtet sei, blieben immer noch Defizite für diese Kinder übrig. Unabhängig von der Realisierung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz auch für die ausländischen Kinder und die Weiterentwicklung der pädagogischen Konzepte in Richtung Integration lohne es sich, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Willi Zylajew (CDU) bestätigt, daß im Land schon viel geschehe. Nun habe sich seine Fraktion mit den Defiziten der ausländischen Kinder befaßt und sei nach Gesprächen und Besuchen von Einrichtungen in Hamminkeln, Remscheid und Wuppertal zu dem Ergebnis gekommen, daß bei der Spracherziehung ein Schwerpunkt zu setzen sei.

Er bedauere es, daß das Land in diesem Jahr keine weiteren Modellversuche einrichte. Der Ansatz, den die CDU-Fraktion vorschlage, sei bei dem zu erwartenden Erfolg sicher sehr positiv.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) entgegnet, die Zielrichtung, die der Antrag der CDU-Fraktion anstrebe, sei Teil des Koalitionsvertrages. Von daher werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Wenn Einigkeit darüber bestehe, daß die Sache sinnvoll sei und daß es auf diesem Gebiet erheblichen Nachholbedarf gebe, verstehe er nicht, warum man diesem Antrag nicht zustimmen wolle, bemerkt **Oliver Wittke (CDU)**.

Die SPD-Fraktion habe ein Antragspaket mit Deckungsvorschlägen vorgelegt, betont **Vera Dedanwala (SPD)**. Da sie die Deckungsvorschläge bereits abgelehnt hätten, müßten sie konsequenterweise auch die Erhöhungen ablehnen.

Im übrigen werde gemeinsam mit den RAAAs und den Trägern der Vorschuleinrichtungen untersucht, ob die Einschulungshilfen in der Tat der richtige Weg seien und ob es noch Möglichkeiten der Verbesserung gebe.

Zu dem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kapitel 07 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen -, eine neue Titelgruppe 81 "Landeszentrum für Zuwanderung" einzurichten, stellt Frau Dedanwala heraus, hier handele es sich um die erste Haushaltsstelle, die sich mit einer Institution befasse, die in den Koalitionsvereinbarungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD einen breiten Raum eingenommen habe.

Das Landeszentrum für Zuwanderung solle sich insbesondere mit den Belangen von Migrantinnen und Migranten befassen. Nach inhaltlich/konzeptioneller Arbeit auf seiten der Koalitionsfraktionen solle nun ein solches Landeszentrum aufgebaut werden. Eine Institution mit diesem Aufgabenbereich sei bundesweit einmalig. Sie würde sich sehr freuen, wenn auch die Opposition diese Arbeit und auch die Zielsetzung eines solchen Landeszentrums für Zuwanderung mittragen könnte.

Ihre Fraktion gehe davon aus, daß es im Bereich Zuwanderung und Betreuung der Menschen ein Defizit in der Gesellschaft gebe, das von einer solchen Stelle aufgefangen werden könne. Daß dies nur ein Anfang sei, sei bekannt. Daß aber hier mit einer konsequenten Arbeit begonnen werden solle, halte sie für eine Leistung, die auch dieser Ausschuß inhaltlich und konzeptionell begleitet habe.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) führt aus, mit diesem Landeszentrum zeige die Koalition, daß sie ihr Ziel, eine zukunftsorientierte Migrationspolitik zu betreiben, ernst nehme.

Nun werde ein Institut gegründet, das sich um die konzeptionelle Entwicklung und Umsetzung der Migrationspolitik kümmere. Die GRÜNEN begrüßten dieses Projekt sehr. Das sei auch ein Beispiel für andere Bundesländer, wie man mit Migrantinnen und Migranten umgehen, wie man den Stellenwert der zugewanderten Menschen in der Gesellschaft unterstreichen und neben den Absichtserklärungen auch institutionelle Umsetzung betreiben könne.

Auch er bitte die CDU-Fraktion, zumindest hinsichtlich dieses Projektes ihren guten Willen zur Integration der Mitmenschen in diese Republik zu zeigen.

Sodann läßt die **Ausschußvorsitzende Christiane Bainski** über die Anträge abstimmen.

Anmerkung des Protokolls: Die Anträge mit Begründungen und die Abstimmungsergebnisse sind in der der Drucksache 12/807 angehefteten **Vorlage 12/462** wiedergegeben.

Der **Ausschuß für Migrationsangelegenheiten** stimmt dem **Einzelplan 07**, soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt, in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu.

3 Öffentliche Anhörung zur Problematik der Berufsfindung und -ausbildung junger Migrantinnen und Migranten

Der **Ausschuß** diskutiert kurz über die Fragestellungen, die in der Anhörung angesprochen werden sollen.

Oliver Wittke (CDU) bittet darum, auch die Defizite der Migrantinnen und Migranten anzusprechen. Der bisher vorliegende Fragenkatalog erwecke den Eindruck, als würden die Probleme alle nur von außen auf die Migranten und Migrantinnen verlagert.

Daß die Bereiche Defizite und Stärken eine Rolle spielten, habe sie immanent vorausgesetzt, entgegnet die **Vorsitzende Christiane Bainski**. Dies könne aber in den Fragen berücksichtigt werden.

Bei diesem Thema dürfe es keine Tabus geben, meint **Dr. Hisham Hammad (GRÜNE)**. Die hohe Ausbildungsabbrechquote sei nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf schulische Defizite, Verhalten der Jugendlichen und Eltern zurückzuführen.

Die Fraktionssprecher kommen überein, sich in kleinerem Kreise detailliert mit der Konzeption und den Fragestellungen zu befassen.